

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)**

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/1000 –**

### **Beschäftigungspolitischer Aktionsplan**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Dr. Maria Böhmer,  
Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/1011 –**

### **Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit für junge Menschen**

#### **A. Problem**

- a) Der deutsche Beschäftigungspolitische Aktionsplan 1999 spiegelt die grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik wider. Deutschland brauche einen Aufbruch für eine neue Beschäftigungsdynamik. Es gehe um mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze, eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und die Modernisierung überholter Strukturen. Hierfür sei ein breiter Konsens in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Kristallisationspunkt dieses Konsenses sei die von der Bundesregierung sofort nach Amtsantritt initiierten beschäftigungspolitischen Gespräche zwischen Gewerkschaft, Wirtschaft und Staat im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.
- b) Eines der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ziele sei es, jedem jungen Menschen sowohl nach Beendigung der Schulzeit eine Ausbildung als auch danach den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.  
Dazu seien u. a. folgende Maßnahmen erforderlich:
- Verbesserung der Schulausbildung
  - Besondere Förderung von lernschwächeren Schülern
  - Verbesserung des Ausbildungsangebots und der Ausbildung
  - Verbesserung der Bildungsberatung

- Eigenverantwortung der jungen Menschen stärken – Mobilität fördern.  
Die Maßnahmen seien aus Steuermitteln und nicht aus Beitragsmitteln der Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren.

**B. Lösung**

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1000 und Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/1011.

**Einstimmigkeit bzw. Mehrheit im Ausschuss****C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/1011.

**D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1000 zur Kenntnis zu nehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 14/1011 abzulehnen.

Berlin, den 27. Januar 2000

### **Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung**

**Doris Barnett**  
Vorsitzende

**Andrea Nahles**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Andrea Nahles

### I. Beratungsverlauf

#### 1. Allgemeines

Die **Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1000** ist in der 77. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1999 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf Drucksache 14/1011 ist in der 49. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Juni 1999 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen worden.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

##### a) *Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1000*

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung in seiner 22. Sitzung am 19. Januar 2000 zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2000 einstimmig beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2000 beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 19. Sitzung am 19. Januar 2000 beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 27. Sitzung am 19. Januar 2000 beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 33. Sitzung am 19. Januar 2000 beschlossen, die Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen.

##### b) *Antrag auf Drucksache 14/1011*

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 10. November 1999 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der

CDU/CSU bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 14. Sitzung am 6. Oktober 1999 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und der F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

#### 3. Beratungen im federführenden Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Unterrichtung auf Drucksache 14/1000 und den Antrag auf Drucksache 14/1011 in seiner 36. Sitzung am 19. Januar 2000 beraten und abgeschlossen. Im Ergebnis der Beratungen wurde einvernehmlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, die Unterrichtung auf Drucksache 14/1000 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag auf Drucksache 14/1011 wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

#### a) *Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 14/1000*

Der deutsche Beschäftigungspolitische Aktionsplan 1999 spiegelt die grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik wider. Es geht um mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze, eine höhere Wettbewerbsfähigkeit und die Modernisierung überholter Strukturen. Hierfür sei ein breiter Konsens in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Dazu werden u. a. anhand der 22 Beschäfti-

gungspolitischen Leitlinien der EU die Maßnahmen der Bundesregierung aufgezeigt.

*b) Antrag auf Drucksache 14/1011*

Eines der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ziele sei es, jedem jungen Menschen sowohl nach Beendigung der Schulzeit eine Ausbildung als auch danach den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich nicht auf Maßnahmen der Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik beschränken dürfe. Der Deutsche Bundestag soll dazu die Bundesregierung auffordern, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechenden Drucksachen verwiesen.

### III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss über die Notwendigkeit, der Jugend eine Perspektive zu bieten. Die Diskussionen im Ausschuss drehten sich insbesondere darum, ob mit dem vorliegenden Antrag dazu ein Beitrag geleistet werden kann.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** werteten das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit als großen Erfolg. Der von der Union vorgeschlagene zweitklassige Abschluss für Geringqualifizierte sei ein falscher Weg. Das

Ergebnis einer Ausbildung von lernschwächeren Jugendlichen sollte ein gleichwertiger Abschluss sein. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU werde u.a. deshalb abgelehnt.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** wiesen darauf hin, dass den jungen Menschen eine Lebensperspektive gegeben werden müsse. Ohne durchgreifende Qualifizierung habe der Wirtschaftsstandort Deutschland keine Chance im weltweiten Wettbewerb. Mittelständische Betriebe müssten wieder mehr ausbilden. Dazu sei eine bessere Zusammenarbeit auf regionaler Ebene erforderlich.

Die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemerkten, dass manche Forderungen im Antrag der Fraktion der CDU/CSU, die in die Zuständigkeit des Bundes fielen, bereits mit dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erfüllt seien.

Die Mitglieder der **Fraktion der F.D.P.** hielten die im Beschäftigungspolitischen Aktionsplan formulierte Politik der Bundesregierung hinsichtlich des zweiten Arbeitsmarktes für falsch. Das Bündnis für Arbeit sei gescheitert.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** erklärten, dass der Beschäftigungspolitische Aktionsplan den Kontext neoliberaler Vorgaben nicht verlasse. Ein Fortschritt bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sei erst dann festzustellen, wenn sich dieser Prozess verstetige.

Berlin, den 27. Januar 2000

**Andrea Nahles**  
Berichterstatlerin





